

**Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)  
zum Gutachten  
„Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“  
des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft  
(Oktober 2010, Autoren: Thomas Retzmann, Günther Seeber, Bernd Remmele,  
Hans-Carl Jongebroed)**

Das Gutachten ist ein Beitrag zur Diskussion um ökonomische Bildung. Es knüpft an die neueren Ansätze um Kompetenzen und Bildungsstrukturen an, ist sprachlich elegant formuliert und formal ansprechend. Trotzdem lehnt die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) das Gutachten ab. Einige Gründe dafür sind:

Die DVPB hebt hervor, dass das Verbändegutachten keinen allgemeinbildenden Unterricht im Auge hat. Stattdessen wird eine einzige Perspektive – die der nutzenkalkulierenden Ökonomie mit ihrem Effizienzkriterium – auf einen einzigen Gegenstand – nämlich wirtschaftliche Situationen – angewandt. Behauptet wird, dass damit nicht nur der Kompetenzbereich Entscheidung und Rationalität (gemeint ist lediglich Zweckrationalität) des Einzelnen, sondern auch die Kompetenzbereiche Beziehung und Interaktion sowie Ordnung und System angezielt würden. Die sozialen Beziehungen werden auf ökonomische Austauschbeziehungen reduziert, die politische Ordnung wird lediglich ökonomisch aus einer einzigen Perspektive beurteilt und gestaltet (die umgekehrte Blickrichtung fehlt übrigens).

Die Engführung in dem Gutachten überlässt die schwierigste Bildungsaufgabe den Lernenden, nämlich die unterschiedlichen Sphären von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in einem Zusammenhang zu sehen und wechselseitig zu beurteilen. Dies macht aber einen Kern von Allgemeinbildung, die für alle Schüler und Schülerinnen zu fordern ist, aus. Zwar werden in dem Gutachten große Begriffe der philosophischen und pädagogischen Tradition benutzt (Mündigkeit, Tüchtigkeit, Verantwortung), sie werden aber in kleiner Münze geliefert und werden den normativen Ideen inhaltlich nicht gerecht.

Die Engführung in dem Gutachten legt die Erklärung durch die Interessen der Auftraggeber des Gutachtens nahe. Ihre Sicht der Dinge schlägt sich in dem Gutachten nieder. Verblüffenderweise fehlt in dem aktuellen Gutachten jeder Hinweis auf die Finanzkrise und ihre andauernden Folgen. Das Versagen globaler Akteure und Instanzen, das Fehlen internationaler Regulierungen, die Hilflosigkeit der Wirtschaftswissenschaften – solche Aspekte spielen in diesem Entwurf einer von den Auftraggebern als „besser“ apostrophierten ökonomischen Bildung keine Rolle. Auf welche Realität bezieht sich eine solche didaktische Akzentuierung?

Ökonomische Bildung ist ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung! Wenn sie ihren spezifischen Beitrag zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Realität und einer reflektierten und selbstbestimmten Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einlösen können soll, darf sie ihr Curriculum aber nicht monodisziplinär aus den Wirtschaftswissenschaften ableiten. Vor allem muss sie diejenigen Grundsätze und Leitideen anerkennen, die für das Selbstverständnis aller etablierten gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer konstitutiv sind, weil ihre Berücksichtigung auf Ebene des Unterrichts der Logik der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspricht und eine zentrale Voraussetzung für deren Fortbestehen und Weiterentwicklung darstellt.

Insbesondere

- müssen kontroverse Sichtweisen (aus Gesellschaft und/oder Wissenschaft) auf einen Unterrichtsgegenstand einbezogen werden,
- ist zu berücksichtigen, dass wissenschaftliche Theorien bzw. Modelle (neben einem Verständnis ihrer inneren Logik) von den Lernenden immer auch auf ihre spezifischen Annahmen und ihre Reichweite zu prüfen sind und
- ist anzuerkennen, dass die pädagogische Zielperspektive der Mündigkeit auch und gerade impliziert, dass sich die Beurteilung gesellschaftlicher Realität (oder ihrer wissenschaftlichen Deutung) durch die Lernenden ergebnisoffen vollzieht und hinsichtlich ihrer Richtung einzig und allein den normativen Leitlinien zu unterwerfen ist, die mittels der vom Grundgesetz garantierten Grundrechte gesetzt werden.

Eine ausführliche inhaltliche Kritik am Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ wird durch die Kurzexpertise „Für eine bessere ökonomische Bildung!“ geleistet (November 2010, Autoren: Reinhold Hedtke, Gerd-E. Famulla, Andreas Fischer, Birgit Weber, Bettina Zurstrassen).

Hannover, den 11.02.2011

Für den Bundesvorstand der DVPB

Prof. Dr. Dirk Lange (Bundesvorsitzender)  
Prof. Dr. Sibylle Reinhardt (2. Bundesvorsitzende)  
Dr. Thomas Simon (2. Bundesvorsitzender)  
Marga Kempe (Schatzmeisterin)